

Liebe Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Looden,

wir müssen heute über ein Zahlenwerk abstimmen, dass einem nicht viel Freude bereitet. 9,6 Mio. Euro Defizit weist der Doppelhaushalt für die Kalenderjahre 2024 und 2025 aus. Auch wenn unsere Kämmerin sicher vorsichtig und vorausschauend plant und wir in den letzten Jahren zunächst nach pessimistischen Vorgaben am Ende immer noch einen ausgeglichenen Haushalt bzw. in den meisten Fällen sogar einen Überschuss erzielen konnten, ist davon für den zu verabschiedenden Doppelhaushalt nicht mehr auszugehen.

Zu groß ist diesmal die Diskrepanz zwischen den Erträgen und den Aufwendungen. Gerade der Posten Personalaufwendungen weist zu den Vorjahren einen rasanten Anstieg aus. Dazu beigetragen haben sicher auch die von der SPD-Fraktion unterstützten Neubesetzungen z.B. der Task Force, des Fördermittelmanagements, des Klimaschutzmanagers sowie die weitere Schaffung von Planstellen.

Den größten Teil machen aber die gegenüber den Vorjahren höheren Tarifabschlüsse aus. Auch die Inflationsausgleichsprämie ist als ein weiterer Kostentreiber zu erwähnen. Angesichts des sich nun aber wieder abschwächenden Preisanstieges, sollten die Lohnforderungen wieder auf ein moderates Niveau heruntergefahren werden. Gute Arbeit soll sicher auch ausreichend vergütet werden, aber ein immer mehr hat auf der anderen Seite auch über

kurz oder lang einen Anstieg von Gebühren und Steuern zur Folge.

Natürlich sind die Probleme zur Finanzierung eines ausgeglichenen Haushalts auch übergeordneten Ereignissen geschuldet. Nicht nur unsere Gemeinde hat mit einem defizitären Haushalt zu kämpfen, nein auch der Bund, die Länder, viele Landkreise und Nachbargemeinden weisen Lücken in ihren Haushalten aus.

Nach dem die Coronakrise zu Beginn des Kalenderjahrs 2022 so langsam ihrem Ende zu ging, wurde die nächste Krise durch den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ausgelöst. Sehr stark steigende Energiekosten und auch ein so nicht gekannter Preisanstieg vieler Grundnahrungsmittel spiegeln sich letztlich in dem Anstieg der Haushaltsaufwendungen wider.

Um zukünftig wieder ein besseres und bestenfalls ausgeglichenes Haushaltsergebnis zu erzielen, bedarf es große Anstrengungen sowohl auf der Einnahmen- wie auch Ausgabenseite.

Beispielhaft sei hier an die Erhebung der Akzeptanzabgabe von den Windenergieanlagenbetreibern genannt. Hier sollten möglichst zeitnah vertragliche Grundlagen geschaffen werden.

Auch sollte die Überlegung in Betracht gezogen werden, den Betrieb einer weiteren WEA durch die Tochtergesellschaft der Gemeinde, der Touristik GmbH vorzunehmen. Sicher müssen

dafür Kredite aufgenommen werden, diese sollten jedoch durch die Einspeisevergütung refinanziert werden. Dieses wird sich aber wahrscheinlich nicht kurzfristig umsetzen lassen.

Weiteres Einnahmepotenzial besteht in der Nutzungsüberlassung gemeindeeigener Grundstücke. Hier sollten entsprechende notwendige Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden, um dann Mieteinnahmen zu generieren. Vielfach stehen Gebäude leer und nutzlos herum. Auch eröffnet sich die Möglichkeit diese ggfls. zu veräußern – auch wenn dieses dann nur einen einmaligen Effekt hätte.

Im Tourismusbereich sollte über eine Anpassung der Parkgebühren nachgedacht werden. Auch die Anpassung der Gästebeitragssatzung darf nicht außen vor bleiben.

Erfreulich hier die nun im Jahre 2023 begonnenen Sanierungsarbeiten der Wirtschaftswege, die ja auch hauptsächlich den Krummhörner Bürgern und Bürgerinnen dienen sollen. Natürlich auch den Touristen, die dann wieder entsprechend Gelder in der Region lassen.

Abzuwarten bleibt noch, wie sich das Aufkommen der Grundsteuer nach den neuen Grundsteuermessbeträgen entwickelt, die aufgrund der Abgabe der Grundsteuererklärungen auf den 01.01.2022 dann erst ab dem Jahre 2025 wirken. Weil wir jetzt einen Doppelhaushalt beschließen, ist eine Anpassung des Hebesatzes allerdings im Jahr 2025 nicht mehr möglich. Hier stellt sich die Frage, ob die seinerzeit vom Gesetzgeber garantierte Aufkommensneutralität tatsächlich gewährleistet sein wird.

Die Gemeinde kann über die Hebesätze dann frühestens ab 2026 bei der Grundsteuer agieren.

Natürlich müssen auch Einsparziele ins Auge gefasst werden. Hier wurde im Finanzausschuss bzw. bei den Haushaltsberatungen bereits der Vorschlag unterbreitet, einen Arbeitskreis mit Vertretern aus allen Fraktionen zu bilden.

Sicherlich führen die geplanten Investitionen in den nächsten beiden Jahren zu einem Anstieg der Verbindlichkeiten von 23 Mio. Euro und zu höheren Zinsaufwendungen. Diese Investitionen gehen aber überwiegend in den Bereich der Feuerwehren sowie den Schulen und Kindergärten, deren Aus- und Umbau für die ab 2026 verpflichtende Ganztagsbetreuung erforderlich ist. Eine gemeindeeigene Aufgabe, deren Investitionen zunächst keine Erträge für die Haushalt bringen, aber die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet und die Bildung unserer zukünftigen Generation sichert. Wünschenswert wären hier großzügigere Zuwendungen aus Bundes- und Landesmitteln.

Hinzuweisen sei hier u.a. auf gefasste Ratsbeschlüsse, die zwar legitim mit einem Bürgerbegehren einer Überprüfung unterzogen werden dürfen, deren Kosten aber zu Lasten der Haushaltskasse gehen.

Sind evtl. im Bereich Rats- und Sitzungsdienst Einsparungen zu erreichen? Sollten Aufwandsentschädigungen z.B. als Vertreter für die Bürgermeisterin nicht nach tatsächlichen Auftritten vergütet werden?

Mehrfach habe ich die Zustellung der Zeitschrift „Die Niedersächsische Gemeinde“ per Post angemahnt. Den

Ratsvertretern und Ortsvorstehern kann deren Post doch in ihren Abholfächern hinterlegt werden. Dieses ist zwar nur ein kleines Einsparpotenzial, aber sofort umzusetzen und zu erreichen.

Auf den Prüfstand werden wir dann auch wohl die freiwilligen Leistungen nehmen müssen, auch wenn`s keinen Kahlschlag geben darf.

Schlussendlich, auch wenn in diesem Haushalt sicher nur unzureichende Einsparziele seitens der Politik verarbeitet worden sind, stimmen wir von der SPD-Fraktion dem Doppelhaushalt 2024/2025 zu.

Wir danken der Verwaltung für die geleistete Arbeit und wünschen uns eine zügige Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht.

Vielen Dank.